

Die Fragen stellte Malin Jonsson, Politikstudentin aus Berlin.

Malin Jonsson:

Frau Bundeskanzlerin, am Dienstag sprechen Sie auf dem Tag der Deutschen Industrie. Mit welcher Botschaft gehen Sie dorthin – in einer Situation, in der „Made in Germany“ durch den VW-Abgasskandal einen ziemlichen Kratzer bekommen hat?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Ich glaube nicht, dass „Made in Germany“ durch das, was bei VW passiert ist und was man in der Tat nicht auf die leichte Schulter nehmen kann, einen Kratzer bekommen hat. Es wird jetzt viel davon abhängen, wie VW mit diesem Sachverhalt umgeht. Wenn transparent aufgeklärt wird, wenn klargemacht wird: Die Strukturen werden in der Zukunft so sein, dass so etwas nicht wieder passieren kann, dann kann man eine solche Sache auch überwinden. Aber ich glaube, dass VW daran auch mit allen Kräften arbeitet. – Insgesamt kann man doch sagen, dass dieser Tag der Deutschen Industrie in einer Zeit stattfindet, in der wir moderates, aber beständiges Wachstum haben, in der die Beschäftigungssituation sehr gut ist, und wo es vor allen Dingen darum geht, die Weichen für die Zukunft so zu stellen, dass wir auch morgen noch sagen können, dass Deutschland ein starkes Land ist, einen guten Anteil der Wertschöpfung im industriellen Bereich hat, was ja heute noch über zwanzig Prozent liegt. Das wollen wir erhalten, und das werde ich sagen: Wie ich glaube, die Politik hier die Rahmenbedingungen auch mit setzen kann. Natürlich muss die Wirtschaft ihren Beitrag dazu leisten.

Die Digitale Revolution ist in vollem Gange. Deutschland, sagen Kritiker, hängt bei Innovationen und Investitionen in E-Commerce und Soziale Medien aber noch hinterher. Hat dies etwas mit der deutschen Kultur oder mit deutscher Sparsamkeit zu tun? Oder vielleicht damit, dass die deutsche Bevölkerung hier immer älter wird? Wie können wir mithalten?

Also, was den Wirtschaftsteil und die Digitalisierung angeht, da ist ja unglaublich viel im Gange. Wir haben als Bundesregierung die Digitale Agenda aufgesetzt, Industrie 4.0 ist ein Schlagwort. Hier erarbeiten wir eine Plattform zusammen mit der Wissenschaft, zusammen mit der Wirtschaft, mit den Gewerkschaften. Und insofern ist hier eine sehr, sehr gute Kooperation in einer Zeit der qualitativen Veränderungen, in der eben auch die Produktion digitalisiert wird. Was die Akzeptanz von elektronischen Datenweitergaben gerade zum Beispiel im Verwaltungsbereich angeht, was die Schnelligkeit der Verwaltung bei der Umstellung auf E-Government zum Beispiel angeht, da haben wir in Deutschland sicherlich noch ein wenig Nachholbedarf. Das liegt zum einen daran, dass wir die Bundesebene haben, die Länderebenen haben, die kommunale Ebene haben, das heißt, dass die Gefahr besteht, dass jeder an seinem System arbeitet und für den Bürger nicht genau erkenntlich ist: Wie komme ich denn als Bürger mit meinen Wünschen vor allen Dingen dran? Hier haben wir zum Beispiel gemeinsame

Telefonnummern geschaffen, wo auch viele Kommunen mitmachen – die 115, wo man herausfinden kann: Wo kann ich welche Vorgänge auch im digitalen Bereich abarbeiten? Aber hier könnten wir schneller werden. Und natürlich ist eine Verwaltung, die schon ganz gut funktioniert, nicht ganz so schnell im Verändern, als wenn ich irgendwo hinkomme und muss eine Verwaltung ganz neu aufbauen, wie das zum Beispiel in Estland nach den Veränderungen am Ende des kalten Krieges der Fall war.

Die Elbvertiefung dauert, und neue Stromtrassen brauchen viel Zeit. Nur zwei Beispiele. Wie stark sind die Arbeitsplätze der deutschen Industrie gefährdet, weil die Wettbewerbsfähigkeit durch zu viele Umweltauflagen und Umweltklagen beeinträchtigt wird?

Die langen Dauern von Rechtsverfahren sind zum Teil ein Problem, gerade wenn wir jetzt an die Elbvertiefung denken; da sehen wir schon immer, dass der Panamakanal erweitert wird, dass da größere Schiffe kommen, dass wir dann diese Elbvertiefung brauchen. Aber wir sind ein Rechtsstaat, und deshalb halten wir uns natürlich auch an die Bestimmungen des Rechts. Wir haben allerdings bei sehr wichtigen Infrastrukturinvestitionen zwei Dinge gemacht: Erstens, bei den Energieleitungen zum Beispiel haben wir – genauso, wie wir es nach der Deutschen Einheit mit den Verkehrsprojekten gemacht haben – eine Klageinstanz weniger. Das heißt, es sind sogenannte Beschleunigungsgesetze, damit man schneller auch die rechtlichen Entscheidungen bekommt. Und das zweite, was wir gemacht haben: Wir haben uns überlegt, wie können wir die Einsprüche der Bürgerinnen und Bürger schon möglichst früh berücksichtigen, so dass nicht dann alle Einsprüche kommen, wenn ein Projekt schon sehr weit gediehen ist? Das heißt, die Bürgerbeteiligung ist auch verbessert worden. Ich hoffe, das wirkt sich auch beschleunigend aus.

Sind wir Deutschen mit der Energieerzeugung auf dem richtigen Weg? Stahlwerke, Aluminium- und Kupferproduzenten haben zu kämpfen und drohen, Deutschland zu verlassen. Sind die Energiepreise für die deutsche Industrie zu hoch?

Ich glaube, dass wir insgesamt auf dem richtigen Weg sind, dass die Energiewende auch eine Chance für Deutschland ist. Viele auf der Welt schauen: Wie bewerkstelligen wir das? Und wenn wir jetzt einmal in Richtung Klimakonferenz in Paris am Ende dieses Jahres schauen, dann wird die Frage „Wie geht das in diesem Jahrhundert weiter, und wird man am Ende dieses Jahrhunderts noch so viel Kohle und so viel Erdgas und Erdöl haben?“ ganz klar mit einem Nein beantwortet. Das heißt die, die sich heute schon, beizeiten umstellen, werden die Nase auch später vorn haben. Für unsere Wirtschaft gibt es Probleme. Die Wirtschaft ist ja sowieso entlastet durch die Sonderregelung für die energieintensive Industrie, und hier ist das Einzige, was es zu bemängeln gilt, dass immer wieder auch sehr lange Diskussionen mit Europa geführt werden müssen, aber wir haben alle diese Diskussionen sehr erfolgreich bestanden und damit unserer Wirtschaft doch auch eine Sicherheit gegeben, dass energieintensive Produktion bei uns weiter zu Hause sein soll, denn es wäre ja absurd, wenn wir das Ganze dann dahin verlagern, wo die Umweltbestimmungen schlechter sind und wo dann die Umwelt mehr geschädigt wird, als wenn bei uns produziert wird und gleichzeitig Arbeitsplätze erhalten werden.